

Deshalb wird darauf hingewiesen, daß die theologische, juristische und pastorale Ausbildung der Priester auch auf die besonderen Probleme der Menschen unterwegs ausgerichtet sein müsse.

Ferner stellt das Dokument fest, daß die Mobilität der modernen Welt „zu einer gewissen Entwurzelung von der herkömmlichen Umgebung, zu größerer Einsamkeit und zur Isolierung im Anonymen führt“. Dies könne Ausgangspunkt kultureller und sozialer Entfremdung sein. In bestimmten Situationen sei auch die Ausübung des Glaubens gefährdet. Der Bruch zwischen Glaube und Kultur werde in krasser Form deutlich, wenn „das Gleichgewicht zwischen dem neuen Lebensweg und dem christlichen Lebensweg von gestern“ fehle. Unter diesen veränderten Bedingungen dürfe der Glaube nicht nur als Erbe bewahrt und behütet werden, sondern müsse als eine Wirklichkeit vertieft, entwickelt, verbreitet, vom Betreffenden aber auch persönlich bezeugt werden. Es sei dringend notwendig, daß sich die Pastoral an den Menschen unterwegs „ihren Situationen, ihrer geistigen Verfassung anpaßt, um in ihr den Glauben zu entdecken und ihn von daher aufzubauen“.

Dieses in italienischer Sprache abgefaßte Dokument der Päpstlichen Kommission für die Seelsorge am Menschen unterwegs hat Papst Paul VI. am 4. Mai 1978 genehmigt und dessen Veröffentlichung angeordnet.

(„L'Osservatore Romano“ Nr. 120 vom 26./27. Mai 1978.)

PAULUS GORDAN

Kirche in der Welt von heute

Die Hauptereignisse im Leben der Kirche in der Welt von heute während der letzten Monate sind zweifellos der Tod Papst Pauls VI. am 6. August und die Wahl seines Nachfolgers. Hier ist weder der Ort für eine rückschauende Gesamtwürdigung des heimgegangenen Papstes und seines Wirkens noch für eine Vorausschau auf das kommende Pontifikat. Mit Sicherheit wird man indes sagen können, daß die Kontinuität gewahrt bleiben wird, was nicht heißt: Es wird nichts anders werden. Denn Kontinuität besagt ja gerade Dauer im Wechsel, weil nur das dauert, was sich verändert und eben dadurch es selber bleibt. Nur Totes wandelt sich nicht, die Kirche aber lebt.

Ein neuer Papst ist vor allem zunächst einmal Erbe. Er muß Begonnenes weiterführen, so wie Paul VI. das Zweite Vatikanische Konzil weiterführen mußte, das er selbst wohl kaum einberufen hätte. So muß auch sein Nachfolger nun bestehende Probleme zur Kenntnis nehmen und sie zu lösen versuchen, auf andere Weise und mit neuen Mitteln vielleicht, wie der Vorgänger sie bevorzugt hätte. Wie der amerikanische Präsident hat er Anrecht auf eine Schonfrist, während derer ihm Gelegenheit gegeben werden muß, sich in das Amt einzüben, das einen jeden mehr oder weniger unvorbereitet trifft, es sei denn, er habe wie Pius XII. und Paul VI. das „*métier du pape*“ gewissermaßen von der Pike auf erlernen dürfen, wobei die Frage erlaubt ist, ob das in jedem Fall als Glücksfall zu betrachten ist, weil dabei das innovatorische Element leicht zu kurz kommen kann.

Eine solche Schonfrist verdammt den Papst freilich nicht zu einer nur abwartenden Passivität, schon deshalb nicht, weil er kraft seines Amtes sich kein Zeichen der Unsicherheit erlauben darf. Das Leben der Gesamtkirche geht zwar auch ohne ständigen Antrieb durch den Papst weiter, aber eine Unzahl von Routineentscheidungen

personeller und administrativer Art kann nicht warten, zumal zweifellos ohnehin in letzter Zeit vieles hat aufgeschoben werden müssen; denn selbst die eiserne Pflichttreue und der unermüdete Arbeitseifer Pauls VI. konnten auf die Dauer nicht mehr allen Anforderungen gewachsen sein. Man sollte nicht zu früh zu viel von dem Nachfolger erwarten, zumal nicht die Festlegung auf ein ausformuliertes Regierungsprogramm. Das ginge an der Eigenart und Einzigartigkeit dieses Amtes haarscharf vorbei. Genug, daß die Gläubigen ihm im Blick auf den Beistand des Hl. Geistes Vertrauen entgegenbringen und ihm dadurch vor allem die übermenschlich schwere Last tragen helfen.

Bei dem Versuch, über die innerkirchlichen Probleme hinaus einen panoramischen Blick auf die Kirche in der Welt von heute, also im Herbst 1978, zu tun — wie es der neue Papst vom vatikanischen Hügel her auch wird machen müssen —, ergibt sich etwa folgendes Bild:

Italien, noch immer geographischer Mittelpunkt der römischen Kirche, bietet gegenwärtig sowohl Anlaß zu Hoffnungen wie zu Befürchtungen. Der neue Staatspräsident Sandro Pertini, ein Sozialist alten Schlages und im Gegensatz zu seinem christlich-demokratischen Vorgänger Leone frei von jedem Korruptionsverdacht, hat das Lob, das Paul VI. ihm anlässlich seiner Wahl gespendet hatte, durch einen privaten Besuch im Vatikan quittiert. Die Regierung Andreotti hält sich nun schon — ein italienisches Wunder! — bereits zwei Jahre, der Druck der Kommunisten auf die Vollverwirklichung des „historischen Kompromisses“ scheint schwächer geworden zu sein, die Wirtschaftslage hat sich gebessert. Doch sinkt das sittlich-religiöse Niveau offenkundig weiter ab, bei Priester- und Ordensnachwuchs sieht es schlecht aus, die Abtreibung ist unter kirchlichem Protest entkriminalisiert, was nicht gleichbedeutend ist mit legalisiert, aber doch weithin so mißverstanden wird, und die Volkskirche verliert unter Intellektuellen, in der Jugend und in der Arbeiterschaft mehr und mehr an Boden. Auch im Land des Papstes wird sich die Christenheit als Minderheit verstehen und als solche sich zu bewähren lernen müssen.

Das westliche Europa macht allenthalben einen langsamen Wandel durch. *Portugal* steht immer wieder am Rande von Regierungs- und Staatskrisen, obwohl ihm die Eingliederung der nach Hunderttausenden zählenden Angolafüchtlinge geglückt zu sein scheint. Daß dem Kommunismus der Griff nach der Macht — bisher — nicht gelungen ist, mag auch der Haltung der Kirche, besonders im Norden des Landes, zu verdanken sein, ohne daß man viel von direkter Einmischung und Einflußnahme gemerkt hätte.

Anders in *Spanien*. Hier hat die Kirche, nach scharfen inneren Auseinandersetzungen, aktiv auf den Entwurf einer neuen Verfassung einwirken können, ohne sich jedoch Privilegien sichern zu wollen. Auch ist sie in diesem Lande als eine eher unsichtbare, jedoch höchst wichtige Klammer der Einheit des Volkes und Staates anzusehen, dessen Zusammenhalt durch eine allzu forsch betriebene, ausufernde Regionalisierung in der Tat bedroht scheint.

In *Frankreich* ist ein Wahlsieg der zugleich vereinigten und arg zerstrittenen Linken entgegen manchen Vorhersagen vermieden worden. Aber es steht zu vermuten, daß ein Großteil der Gläubigen und des Klerus durchaus links steht, vor allem die in der J.O.C. organisierte Arbeiterjugend. Die Bischöfe können nicht viel mehr tun, als immer wieder vor allzu einseitig „horizontalem“ Engagement zu warnen. Dennoch ist der religiöse Elan in Frankreich beachtlich und bringt stets neue Blüten hervor, denen freilich nicht stets reife Früchte folgen. Die Spannweite innerhalb der religiösen Positionen ist erstaunlich: Auf der einen Seite Mons. Lefebvre mit seinem Anhang, auf der anderen Seite etwa der jüngst einem Unfalltod erlegene Bischof Riobé von Orléans, der sich seit dem Konzil in immer neuen

Ansätzen zum Anwalt höchst fortschrittlicher Ideen gemacht hatte, nicht zuletzt in Fragen des priesterlichen Zölibats.

Über *Holland* hat sich seit langem ein Nebel gesenkt, was die Berichterstattung angeht, die ja eine Zeitlang mit stets neuen Sensationen aufzuwarten pflegte. Es scheint jedoch, daß dort ein Defacto-Schisma besteht zwischen der (auch in sich uneinigen) offiziellen Kirche und großen Gruppen von Gläubigen, die in nunmehr auch national zusammengeschlossenen Basisgemeinden den neuen Typ einer „katholischen Freikirche“ entworfen haben.

In *England* gehen vor allem die ökumenischen Bemühungen voran, nicht zuletzt dank des Einsatzes von Kardinal Hume. So tritt er offen für die Überprüfung des Entscheides Leos XIII. über die Ungültigkeit der anglikanischen Weihen ein, während der bedeutende katholische Theologe Hastings bereits unumwunden die gegenseitige Anerkennung der Ämter beider Kirchen fordert. Jedoch fehlt es auch nicht an Rückschlägen und Hindernissen. Kardinal Hume steht nicht an, die Ordination von Frauen in Kirchen der anglikanischen Gemeinschaft als ein solches Hindernis deutlich namhaft zu machen, und sein Weihbischof Christopher Butler warnt vor der Scheinlösung verbaler Übereinkunft bei Fortbestehen ungeklärter trennender Glaubensfragen.

Schweden, das in der Person von Mons. Brandenburg aus der Diözese Osnabrück jetzt einen deutschen Oberhirten hat, und *Dänemark* arbeiten an Gesetzen zur Trennung von Staat und – evangelischer – Kirche, eine Neuregelung, die nicht ohne Rückwirkung auf die katholische Minderheitskirche und auf das ökumenische Gespräch bleiben wird.

In der Bundesrepublik *Deutschland* sind in letzter Zeit keine besonderen Probleme aufgetaucht. Man hofft von dem im September in Freiburg stattfindenden Katholikentag einen neuen Antriebsimpuls des religiös-kirchlichen Lebens, das – deutlich ablesbar an dem zahlenmäßig schwachen Priester- und Ordensnachwuchs sowie an der sinkenden Geburtenzahl – gefährlich zu stagnieren scheint. Der Traum von der „Äquidistanz“ der Kirche zu den beiden großen Parteien SPD und CDU scheint ausgeträumt. Jedoch vermeiden die Bischöfe tunlichst direkte politische Stellungnahmen.

Ähnlich ist die Lage in *Österreich*, das ganz besonders unter Priestermangel leidet, obwohl der christliche Glaube im Volk, vor allem auf dem Lande, noch fest verwurzelt ist. Wie in Italien, ist es aber auch in Österreich nicht gelungen, in der Ehegesetzgebung sowie in der Frage der Abtreibung die Grundsätze der Kirche zur Geltung zu bringen. Es steht zu hoffen, daß die diesjährigen Salzburger Hochschulwochen über „Werte – Rechte – Normen“ im ganzen deutschen Sprachraum die Sensibilität für diese wichtigen Fragen neu geweckt haben.

Erscheint der Westen als immer noch einigermaßen solide, wenn auch nicht recht manövrierfähige Masse, so liegen die eigentlichen Sorgen für Papst und Kirche im *europäischen Osten*. Freilich gibt es da Schattierungen und Unterschiede. So hat sich in der DDR das Verhältnis Staat – Kirche, aus welchen Gründen auch immer, sichtlich gebessert. Es kam zu Gesprächen zwischen dem Staats- und Regierungschef Honecker und Vertretern der (evangelischen) Kirche und im Gefolge davon zur ungehinderten Abhaltung evangelischer Kirchentage. Die zahlenmäßig weit schwächere katholische Kirche gewann Anteil an diesem neuerschlossenen Freiheitsraum. Beide Kirchen fühlten sich so sehr ermutigt, daß sie es wagen konnten, gegen die Einführung des Zwangsschulfachs „Wehrkunde“ zu protestieren, und zwar im Namen der auch in der DDR deklamatorisch betonten Erziehung zum Frieden, – ein Protest, der in jeder Hinsicht folgenlos bleiben sollte: Weder geschah den Kirchen Übles noch wurde das Übel selbst etwa ausgeräumt.

Die Lage der Kirche in *Polen* ist weiterhin für ein Ostblockland einzigartig. Zwar

sind die Gläubigen auch hier mancherlei Schikanen und Beschränkungen ausgesetzt, das offizielle Klima setzt den Glauben harten Bewährungsproben aus, die Bischöfe erheben oft vergeblich ihre Stimme, etwa um das Recht auf öffentliche Meinungsäußerung in den Medien zu erkämpfen oder um die Rolle des Christentums im Schulunterricht betonen zu können. Auch ist es gelungen, die organisierte katholische Intelligenz zu spalten. Aber Glaube und Kirche leben im Lande mit erstaunlicher Kraft.

In *Ungarn* konnte Rom vier neue Bischöfe einsetzen, die Beziehungen sind im engen Rahmen des ausgehandelten „modus vivendi“ korrekt, die Zukunftsaussichten freilich düster.

Hingegen ist die Lage der Kirche in der *Tschechoslowakei* immer noch unverändert schwierig. Im Juni geführte Verhandlungen zwischen dem römischen „Sondernuntius“ Erzbischof Poggi und der Prager Regierung sind gescheitert. Es gelang nicht, die Ernennung des Apostolischen Administrators Julius Gabris zum Erzbischof des neuerrichteten Erzsuhls im slowakischen Tyrnau durchzusetzen. Ebenso wenig will die Regierung auf die totale Kontrolle der Priesterseminare und die Ernennung regimehöriger Professoren verzichten.

Das Pulverfaß „*Naher Osten*“ ist weiterhin hochexplosiv. Nicht einmal im Libanon ist es dem Hl. Stuhl gelungen, zwischen den verfeindeten Christen – geschweige denn zwischen Christen und Moslems – zu vermitteln. Einstweilen bleibt es *Israel* überlassen, die bedrohten Christen im Süden des Landes zu schützen!

Auch das treu-katholische *Malta*, halb zu Europa, halb zum Nahen Osten gehörig, entzieht sich unter seinem sozialistischen Regierungschef Don Mintoff dem kirchlichen Einfluß und lehnt sich aus durchsichtigen finanziellen Interessen an Libyen an, wie denn überhaupt der Islam allenthalben im Vormarsch ist, weniger durch religiöse Strahlkraft als durch auf Öl und Geld gestützte Aggressivität.

Afrika, der Kontinent neokolonialer Kriege und Kriegsgefahren, ist zugleich ein zukünftiges Kräfte-reservoir des Christentums. Allerdings gilt es zunächst, den alten Bestand zu wahren. So sind die zahlreichen Katholiken im ehemals portugiesischen Mosambik und vor allem Angola dem Einfluß eines immer resoluter auftretenden Staatsmarxismus ausgesetzt. Die Bischöfe von Angola haben Anfang 1978 ihre Sorgen sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. In anderen Ländern Schwarz-Afrikas liegen die Dinge ähnlich. Da und dort wurden und werden Bischöfe und Priester eingekerkert oder vertrieben, oft aus persönlichen Gründen oder aus Stammesrivalität. Schlimm ist es freilich, daß die von Weißen und „Christen“ regierten Länder Rhodesien und Südafrika es – mit umgekehrtem Vorzeichen – nicht besser machen. Das hat freilich nirgends die Bischöfe gehindert, sich tapfer für die Menschenrechte in Wort und Tat und Leiden einzusetzen.

Ostasien wirft ebenfalls große Probleme auf. So kommen aus *Vietnam* die widersprechendsten Nachrichten über das kirchliche Leben. Nach den einen entfaltet es sich organisch und friedlich im Rahmen des Sozialismus, nach anderen herrschen Unterdrückung und Verfolgung. Aus *Kambodscha* gibt es kaum noch etwas zu berichten; dort hat die Kirche offiziell aufgehört zu existieren. Hingegen erscheint in *China* seit kurzem die Religion gelegentlich wieder in der Öffentlichkeit. So nahm auch der (von Rom anerkannte) Erzbischof von Mukden am 24. Februar an einem offiziellen Akt teil, – schwer zu sagen, was das zu bedeuten hat. –

Am stärksten gefordert ist und bleibt die katholische Kirche in *Lateinamerika*. Immer wieder sind dort die Bischöfe zu Stellungnahmen in Sachen Menschenrechte aufgerufen. Immer wieder machen kleine Länder wie Nikaragua oder San Salvador blutige Schlagzeilen. Aber auch in Argentinien, Brasilien, Chile und Bolivien, in Kolumbien, Ekuador und Peru muß die Kirche ihre Stimme erheben gegen Folterungen, unaufgeklärte Morde, Verschleppungen, Enteignungen, ungerechte Gesetze.

Sie tut es mit Mut, Klugheit und Vorsicht. Anlässlich der Konferenz des Episkopats Lateinamerikas (CELAM) Mitte Oktober in *Puebla-Mexiko* wird die „Stunde der Wahrheit“ schlagen. Zehn Jahre nach „Medellín“ – Kolumbien, wo die latein-amerikanische Kirche mit einer Stimme zugunsten einer sozialen Zuständereform gesprochen hatte, wird es gelten, dieses Engagement zu bekräftigen oder zu korrigieren. Indessen hat die „Theologie der Befreiung“ erhellend und polarisierend zugleich gewirkt. Starke Gegenkräfte gegen den Kurs von Medellín sind seit langem am Werk, die nationalen Episkopate haben bereits sehr unterschiedliche Positionen bezogen, die römische Kurie wird sehr stark präsent sein, wenn auch wohl etwas verunsichert durch den inzwischen eingetretenen Wechsel im Pontifikat, die politischen Spannungen in den einzelnen Ländern spiegeln sich auch in den Episkopaten wieder, Mexiko als Gastgeberland mit seiner antiklerikalen Vergangenheit und Gegenwart hat ebenfalls einen in zwei Lager gespaltenen Klerus. Puebla wird in jedem Fall für die Zukunft der Kirche Lateinamerikas einen Markstein setzen, so oder so. Und da der lateinamerikanische Subkontinent fast 50 Prozent aller Katholiken umfaßt, wird das Ergebnis von Puebla für die Gesamtkirche höchst folgenreich werden.

Auf zwei Dinge ist noch hinzuweisen: Vom 10. bis 13. April fand in Chantilly unter dem Motto „Damit sie eins seien und die Welt glaube“ das erste europäisch-ökumenische Treffen zwischen Repräsentanten aller großen christlichen Glaubensgemeinschaften statt, durch die etwa 300 Millionen Christen vertreten waren. Ein erster Tatbeweis für großräumiges Denken, wenn auch greifbare und handfeste Ergebnisse einstweilen ausbleiben mußten. Die Atmosphäre brüderlicher Nähe und echten Miteinanders aber war wesentlich und zukunftsweisend.

Das andere ist die mutige, wenn auch zunächst blockierte Initiative des brasilianischen Episkopats unter Federführung von Mons. Padin OSB, der im Einklang mit den Episkopaten der USA, Kanadas, Frankreichs, asiatischer Länder und mit Beratung durch repräsentative Juristen und Vertreter der Ökumene seit 1973 an dem Projekt einer Weltkonferenz zum Studium eines Gesellschaftsmodells ohne ungerechte Herrschaftsformen arbeitet. Es wird zu diesem Kongreß (einstweilen) nicht kommen. Die römische Kurie scheint in der Aktivität nationaler Episkopate im Weltmaßstab eine Kompetenzüberschreitung zu sehen, die Regierungen fördern ein solches Projekt aus politischen Gründen keineswegs, und so wird man sich zunächst auf die Veröffentlichung bisher erarbeiteter Dokumente beschränken. Es ist kein Zufall, daß die Idee einer „Konscientisierung“ auf internationaler Ebene gerade in Brasilien entstanden ist, da in diesem Lande die Kirche, nicht zur Freude der Regierung, seit langem diesen Bewußtmachungs- und Selbstwerdungsprozeß unter den landlosen Massen mit Erfolg gefördert hat. Die Aufgabe, einmal in ihrer Wichtigkeit erkannt, bleibt – vielleicht mit anderen Mitteln – in der Zukunft jedenfalls zu leisten.

Dem Leser mag dieser sehr unvollständige und skizzenhafte Panoramablick zugleich interessant und verwirrend scheinen. Er versetze sich aber einmal in die Lage, in allen diesen und anderen Fragen zum Handeln und Entscheiden aufgerufen zu sein, und es wird ihm möglich werden, mit dem neuen Papst zu fühlen, der ja tatsächlich in dieser Lage ist, – Gott helfe ihm!